

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail der Herren F. Klinkhammer und V. Bräutigam vom 15.11.2017 zu einem Artikel in der Rubrik „Faktenfinder“ vom 14.11.2017

In einer Programmbeschwerde vom 15.11.2017 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam einen Online-Bericht in der Rubrik „Faktenfinder“ vom 14.11.2017: In dem Text mit der Überschrift „Spanien spricht von russischer Kampagne“ ging es darum, dass Spaniens Verteidigungsministerin und Außenminister bei einem EU-Ministertreffen in Brüssel vor einer mutmaßlichen Desinformationskampagne in Katalonien gewarnt hatten, die offenbar von russischem Territorium ausgegangen sei. Die Beschwerdeführer bezeichnen den Beitrag als „unter aller Sau“, „antirussische Dreckschleuder“, „journalistischen Schund“ und „dummdreist“. Ihre Kritik richtet sich inhaltlich grob zusammengefasst gegen die ihrer Ansicht nach einseitige Übernahme und Darstellung der Position der spanischen Regierung sowie gegen die ihrer Ansicht nach verbreitete anti-russische Propaganda.



Die Redaktion nimmt dazu wie folgt Stellung:

In dem „Faktenfinder“-Beitrag wird in keinsten Weise Position bezogen, sondern sachlich geschildert, welche Vorwürfe die spanische Regierung erhebt und dass sowohl die katalanischen Separatisten als auch die russische Regierung diese dementieren. Schon in der Überschrift „Spanien spricht von russischer Kampagne“ wird deutlich gemacht, dass es sich dabei um die Position der Regierung in Madrid handelt, und nicht um einen belegten Fakt.

Schon im Teaser wird darauf hingewiesen, dass dafür keine Beweise vorgelegt wurden. Der „Faktenfinder“ berichtet auch nicht, wie die Herren Klinkhammer und Bräutigam behaupten, „über reines Hörensagen“. Vielmehr werden offizielle Äußerungen von Spaniens Verteidigungsministerin Cospedal und Außenminister Dastis korrekt zitiert und durch entsprechende Formulierungen durchweg deutlich gemacht, dass es sich um die Sichtweise der Regierungsvertreterinnen und -vertreter handelt. Der „Faktenfinder“ erwähnt auch die Debatte in den sozialen Netzwerken zur angeblichen russischen Einmischung in den Katalonien-Konflikt lediglich, ohne Position für die eine oder die andere Seite zu beziehen.

Die von den Beschwerdeführern ebenfalls kritisierte Erwähnung von WikiLeaks-Gründer Assange ist im geschilderten Kontext durchaus gerechtfertigt, da Minister Dastis sich in seinen Äußerungen in Brüssel auch darauf bezog, dass Assange versucht habe, sich in die Katalonien-Krise einzumischen. In der Tat hatte Assange - wie in dem Beitrag geschildert - sich in die Debatte um das Katalonien-Referendum eingeschaltet und auf Twitter das Unabhängigkeitsstreben der Katalanen mit dem blutig niedergeschlagenen Volksaufstand in China von 1989 gleichgesetzt.

Die inhaltlichen Vorwürfe der Beschwerdeführer weisen wir zurück. In Form und Sprache halten wir die Kritik für unangemessen.

Hamburg, 14.12.2017

Dr. Kai Gniffke
Erster Chefredakteur ARD-aktuell